

Niederschrift

über die 7. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, den 14.04.2015, um 16:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Dr. Josef Korsten

Ratsmitglieder

Armin Barg
Ingrid Bartholomäus
Bernd Karl Bornewasser
Simon Bornewasser
Joachim Bötte
Ursula Brand
Dietmar Busch
Michael Dummer
Petra Ebbinghaus
Rolf Ebbinghaus
Jutta Eifer
Horst Enneper
Jürgen Fischer
Margot Grüterich
Klaus Haselhoff bis 21.20 Uhr / wrd. TOP 24
Bernd-Eric Hoffmann
Olaf Jung
Rosemarie Kötter bis 21.20 Uhr / wrd. TOP 24
Ralf-Udo Krapp
Thomas Lorenz
Dr. Axel Michalides
Arnold Müller
Heide Nahrgang
Elisabeth Pech-Büttner
Annette Pizzato
Dr. Jörg Rieger
Björn Rimroth bis 19.00 Uhr / TOP 11
Udo Schäfer
Christoph Schlüter
Sebastian Schlüter
Rolf Schulte
Dietmar Stark
Klaus Steinmüller
Gerd Uellenberg
Peter Fritz Sebastian Ullmann
Annette Verhees
Dejan Vujinovic
Dr. Jörg Weber
Harald Weiss

von der Verwaltung

Ute Butz
 Julia Gottlieb
 Frank Nipken
 Regine Schmidt
 Ulrich Dippel
 Sandra Hilverkus

zu TOP 7

Schriftführerin

Vanessa Jäger

es fehlt:

Ratsmitglieder

Christian Viebach

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 6. Sitzung des Rates der Stadt am 24.02.2015 (öffentlicher Teil)
2. Informationen des Bürgermeisters
3. Einwohnerfragestunde
4. Resolution zur Neuzuschneidung des Wahlbezirkes in Radevormwald ab Landtagswahl 2017 (Antrag der CDU-Fraktion vom 12.03.2015) AN/0056/2015
5. Schaffung von kostenlosen WLAN-Zugängen in Radevormwald (Antrag der CDU-Fraktion vom 30.03.2015) AN/0057/2015
6. Auflösung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft (Antrag der AL-Fraktion vom 03.04.2015) AN/0058/2015
7. Entwässerung Hahnenberg (Nr. 188) BV/0424/2013/3
8. Fremdwasserkonzept Uelfesammler (Nr. 97) BV/0600/2014/2
9. Ausübung der Bauaufsicht auf dem Gebiet der Stadt Radevormwald BV/0132/2015
10. Erweiterung der städt. KiTa Sprungbrett von drei auf vier Gruppen BV/0121/2015
11. Änderung des Stellenplanes 2015 BV/0130/2015
12. Ernennung von Herrn Volker Ebbinghaus zum Ehrenstadtbrandinspektor BV/0129/2015

- | | | |
|-----|--|--------------|
| 13. | Besetzung von Ausschüssen und Gremien | BV/0135/2015 |
| 14. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen | IV/0083/2015 |
| 15. | Mitteilungen und Fragen | |

Der Bürgermeister eröffnet um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt gemäß § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verweist der Bürgermeister auf den Nachtrag zur Einladung. Der Antrag der AL-Fraktion soll unter TOP 6 behandelt werden; die Nummerierung der nachfolgenden TOPE ergibt sich entsprechend.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 6. Sitzung des Rates der Stadt am 24.02.2015 (öffentlicher Teil)

Der Rat der Stadt nimmt die vorgenannte Niederschrift zur Kenntnis.

2. Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister teilt dem Rat mit, dass trotz des Hinweises in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses bzgl. der Unzulässigkeit von Mitschnitten von Wortbeiträgen, solche angefertigt und im Internet veröffentlicht worden sind. Er erklärt seine persönliche Enttäuschung hierüber, da dieses Verhalten kein vertrauensvolles Miteinander darstellt. Weiter macht er mit Nachdruck deutlich, dass er dies zukünftig nicht mehr akzeptieren wird und bei erneuter Anfertigung von Mitschnitten eine rechtliche Überprüfung angestrebt wird.

Herr Ullmann sieht in dem Mitschnitt keine rechtlichen Probleme, da er nur seine eigenen Beiträge veröffentlicht hat und appelliert an den Rat, Mitschnitte grundsätzlich für zulässig zu erklären und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Herr Ebbinghaus sieht in dem Mitschnitt einzelner Wortbeiträge eine Verzerrung des gesamten Sitzungsablaufes und der Erweckung von falschen Eindrücken gegenüber der Öffentlichkeit.

Der Bürgermeister betont abschließend, dass aufgrund der Aussage von Herrn Ullmann, auch weiterhin Mitschnitte anzufertigen, eine rechtliche Klärung notwendig sein wird.

3. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

4. Resolution zur Neuzuschneidung des Wahlbezirkes in Radevormwald ab Landtagswahl 2017 (Antrag der CDU-Fraktion vom 12.03.2015) AN/0056/2015

Herr Busch erläutert den Antrag der CDU-Fraktion. Ergänzend fügt er hinzu, dass im Falle der Neuzuschneidung auch die Bezirksgrenzen von Köln und Düsseldorf betroffen wären.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt verabschiedet die vorliegende Resolution und übergibt diese der Landesregierung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Schaffung von kostenlosen WLAN-Zugängen in Radevormwald (Antrag der CDU-Fraktion vom 30.03.2015) AN/0057/2015

Herr Vujinovic erläutert den Antrag der CDU-Fraktion.

Dr. Michalides befürwortet die Schaffung kostenloser WLAN-Zugänge zwar grundsätzlich, gibt aber zu bedenken, dass vorab eine Prüfung bzgl. der Haftungsfrage bei illegalen Handlungen und der daraus entstehenden Kosten erfolgen muss.

Herr B. Bornewasser schlägt vor, ein entsprechendes Konzept durch das Citymanagement in Zusammenarbeit mit der Werbegemeinschaft „Rade lebt“ erarbeiten zu lassen.

Herr Hoffmann begrüßt den Vorschlag von Herrn Bornewasser. Er hält es für nicht zumutbar, der Verwaltung im Hinblick auf die vorhandene Personalkapazität einen weiteren Arbeitsauftrag zu erteilen. Alternativ könnte sich seiner Meinung nach auch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit der Angelegenheit auseinandersetzen.

Frau Gottlieb führt aus, dass eine entsprechende Abfrage der Anlieger bereits in der Vergangenheit durch das Citymanagement erfolgt ist. Mit der aktuellen personellen und zeitlichen Kapazität sei das Citymanagement jedoch nicht mehr in der Lage, sich darum zu kümmern.

Herr Ullmann unterstützt die Zielsetzung des vorliegenden Antrags prinzipiell, sieht aber keine Notwendigkeit, hierfür personelle bzw. finanzielle Mittel der Stadt einzusetzen. Er regt an, dass sich die Ratsmitglieder in ihrer Freizeit, z.B. mithilfe entsprechender vorhandener Kontakte, dafür einsetzen sollten.

Für Herrn Sebastian Schlüter zeigt sich aufgrund der ausführlichen Diskussion ein breites Interesse. Er schlägt vor, diese Angelegenheit an die Wirtschaftsförderung weiterzugeben, da diese über viele Kontakte verfügt. In einer Informationsveranstaltung könnten diese dann zusammengeführt werden, um das Projekt voranzutreiben.

Der Bürgermeister sagt zu, dies an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft weiterzutragen.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, dass ein Konzept zur kostenloses WLAN-Nutzung in der Stadt Radevormwald erstellt werden soll.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen (14 CDU, 9 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 FDP, 2 proNRW, Haselhoff, Bürgermeister)
4 Nein-Stimmen (3 AL, Ullmann)

6. Auflösung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft (Antrag der AL-Fraktion vom 03.04.2015) AN/0058/2015

Herr Ebbinghaus korrigiert zunächst den Beschlussentwurf dahingehend, dass der Bürgermeister nicht beauftragt werden soll, sondern ihm empfohlen wird, im Dezernat des Bürgermeisters eine entsprechende Stabsabteilung einzurichten. In seinen weiteren Ausführungen erläutert Herr Ebbinghaus den Antrag.

Herr Haselhoff erklärt, dass er dem Antrag nicht zustimmen wird. Für ihn stellt die Wirtschaftsförderung in der bisherigen Form ein wichtiges Bindeglied zur Wirtschaft und Geschäftswelt dar, welches nicht aufgegeben werden sollte. Zudem genießt die Wirtschaftsförderungsgesellschaft ein großes Vertrauen in Radevormwald.

Herr Ullmann schließt sich den Ausführungen von Herrn Ebbinghaus an. Es macht ihn wütend, dass über die Ausgliederung einer Vielzahl von Mitarbeitern der Bauverwaltung scheinbar so einfach entschieden werden kann, während es hier nur um eine kleine Organisation von insgesamt drei Mitarbeitern geht; dies ist unverhältnismäßig. Weiter merkt er an, dass die Wirtschaftsförderung jederzeit bei Bedarf wieder ausgegliedert werden könnte.

Die Vorsitzende des Aufsichtsrates der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Frau Bartholomäus, räumt ein, dass der Antrag der AL-Fraktion in Anbetracht der finanziellen Lage der Stadt zunächst logisch erscheint. Sie betont jedoch, dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft als Privatgesellschaft im Gegensatz zur Verwaltung die Möglichkeit hat, Gewinne zu erwirtschaften. Sie erinnert ebenfalls daran, dass die Vielzahl der vergangenen Veranstaltungen nur möglich war, da die Wirtschaftsförderungsgesellschaft hierfür zahlreiche Sponsoren gewinnen konnte. Auch für zukünftige Veranstaltungen, wie z.B. die bevorstehende 700-Jahr-Feier, werden Sponsoren benötigt. Abschließend macht sie darauf aufmerksam, dass dies in dieser Form nicht mehr möglich sein wird, falls die Wirtschaftsförderung aufgelöst wird und appelliert an den Rat, dies bei der Beschlussfassung zu berücksichtigen.

Herr Stark schließt sich den Ausführungen von Frau Bartholomäus an und betont weiter, dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt wesentlich mehr Einnahmen gebracht, als Kosten verursacht hat.

Herr Schäfer erklärt, dass die proNRW-Fraktion sich den Redebeiträgen von Frau Bartholomäus und Herrn Stark anschließt und dem Antrag der AL-Fraktion nicht zustimmen wird.

Herr Ebbinghaus stellt fest, dass sich der Antrag lediglich auf die zukünftige Organisation der Wirtschaftsförderungsgesellschaft bezieht; die Aufgaben sollen selbstverständlich beibehalten werden. Fakt ist, dass die Beibehaltung der GmbH Kosten verursacht, die in der vorgeschlagenen Organisationsform bei Aufrechterhaltung der Aufgaben wegfallen würden.

Auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus bestätigt der Bürgermeister, dass es für eine Verwaltung möglich ist, Spendengelder in Form von zweckgebundenen Mitteln zu vereinnahmen und auch entsprechend zu verausgaben.

Herr Hoffmann sieht in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft auch im Hinblick auf die Stadtentwicklung ein wichtiges Element. Seiner Meinung nach könnte bei Beschäftigung eines Geschäftsführers in Vollzeit auch die Verwaltung entlastet werden, da zusätzliche Aufgaben von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft erledigt werden können.

Hierzu führt Frau Bartholomäus an, dass die Aufgabenfülle selbstverständlich zunehmen soll, wenn der neue Geschäftsführer seine Tätigkeit aufnimmt.

Herr Busch stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Rednerliste.

Herr B. Bornewasser schließt sich im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Ausführungen von Herrn Hoffmann an.

Der Bürgermeister gibt an, dass er dem Antrag der AL-Fraktion ebenfalls zustimmen wird und sich den diesbezüglichen Ausführungen von Herrn Ebbinghaus anschließt.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt den Bürgermeister in Gespräche mit dem Mitgesellschafter einzutreten mit dem Ziel, die Liquidierung der Wirtschaftsförderungsgesellschaften (WFG Radevormwald Verwaltungs-GmbH, WFG Radevormwald GmbH & Co. KG) umgehend einzuleiten. Gleichzeitig empfiehlt der Rat dem Bürgermeister, im Dezernat des Bürgermeisters eine Stababteilung „Wirtschaftsförderung“ einzurichten. Die derzeit noch an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft abgeordneten Mitarbeiter der Verwaltung werden in diese Stabsabteilung eingegliedert.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen (3 AL, 1 Ullmann, Bürgermeister)
35 Nein-Stimmen (14 CDU, 9 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 FDP, 3 proNRW, Haselhoff)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Unterbrechung der Sitzung: 17.30 Uhr – 17.40 Uhr

7. Entwässerung Hahnenberg (Nr. 188)

BV/0424/2013/3

Auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus erklärt Herr Dippel, dass bei der Ausschreibung auch die Zuleitungen für die Privatpersonen mit inbegriffen sind.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Baumaßnahme gemäß der aktuellen Vergabeordnung öffentlich auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Fremdwasserkonzept Uelfesammler (Nr. 97)

BV/0600/2014/2

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung nach der Genehmigung des Haushaltes durch die Kommunalaufsicht, die Baumaßnahme gemäß der aktuellen Vergabeordnung öffentlich auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Ausübung der Bauaufsicht auf dem Gebiet der Stadt Ra- devormwald BV/0132/2015

Der Bürgermeister erläutert die Verwaltungsvorlage und stellt die möglichen Optionen ausführlich vor. Er macht deutlich, dass ihm der Unterbreitung des vorliegenden Beschlussvorschlags nicht sehr leicht fällt, dieser aber im Hinblick auf alle anderen Varianten als das kleinste Übel erscheint.

Herr Busch erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass der Vorschlag des Bürgermeisters unterstützt wird. Er gibt an, dass an den von dem Fachbereich selbst gelieferten Daten, auf denen das vorgestellte Gutachten der Bauaufsicht basiert, nicht gezweifelt werden darf. Weiter betont er, dass die CDU-Fraktion auch einer etwaigen Steuererhöhung nicht zustimmen kann.

Herr Müller merkt an, dass der Gutachter eine gravierende personelle Unterdeckung im Fachbereich festgestellt hat und aus diesem Grund ein erheblicher Rückstand vorliegt bzw. etliche nicht fertig gestellter Vorgänge existieren. Der Vorschlag zur Abgabe an den Kreis fällt nicht leicht, ist aber auch für die SPD-Fraktion der einzig vertretbare Lösungsvorschlag. Die SPD-Fraktion regt an, bei den Gesprächen mit dem Kreis auf eine bauherrenfreundliche Lösung, z.B. in Form eines festen Sprechtages vor Ort, hinzuwirken.

Herr Ullmann weist auf die Stellungnahme des Personalrates hin und erklärt, dass er sich dieser in vollem Umfang anschließt. Er ist ebenfalls der Meinung, dass eine Steuererhöhung legitim ist, da hiervon in erster Linie diejenigen betroffen sind, die von der Beibehaltung einer örtlichen Bauaufsicht profitieren würden.

Herr Ullmann bittet die Verwaltung um Auskunft, inwieweit die Steuersätze erhöht werden müssten, um den personellen Mehrbedarf gegen finanzieren zu können.

Herr Nipken teilt hierzu mit, dass er für eine Beispielrechnung die Grundsteuer B herangezogen hat, da hiervon der größte Teil bei der Gemeinde selbst verbleibt. Der derzeitige Hebesatz der Grundsteuer B von 450 % müsste bis zum Jahr 2018 um 100 %, also auf 550 % erhöht werden, damit der Haushaltsausgleich weiter dargestellt werden kann.

Herr Haselhoff macht deutlich, dass die Bewältigung der Aufgabenfülle seitens der Bauverwaltung unter Anbetracht des festgestellten Arbeitsanfalles bzw. Personalbedarfes vorbildlich war. Er regt eine Überprüfung an, ob eventuell auch Einsparungen damit erzielt werden können, wenn eine Zusammenlegung der entsprechenden Aufgaben mit den Nachbarkommunen erfolgt. Seiner Meinung nach erfolgt durch die Auslagerung keine wirkliche Kostensparnis, da z.B. längere Anfahrzeiten bei örtlichen Besichtigungen erforderlich sind, die wiederum zusätzliche Kosten verursachen. Dem Vorschlag der Verwaltung wird er nicht zustimmen.

Herr Hoffmann erklärt, dass die UWG-Fraktion sich dem Vorschlag ebenfalls nicht anschließen wird. Er spricht sich dafür aus, dass zunächst eine Prüfung bzgl. der Verbesserung bzw. Optimierung der internen Organisation im Fachbereich erfolgen sollte bevor eine abschließende Entscheidung getroffen werden kann.

Frau Gottlieb betont, dass der Fachbereich bereits seit Jahren über zu wenig Personal für die anfallende Arbeit verfügt. Entgegen dem Zeitungsartikel sind der Stadt bisher aber noch keine Schäden hierdurch entstanden, da das Engagement aller Mitarbeiter überdurchschnittlich ist. Eine Garantie, dass Schäden auch weiterhin nicht entstehen werden, kann jedoch im Hinblick auf die gravierende, personelle Unterdeckung nicht mehr gegeben werden.

Frau Pizzato erklärt, dass die Beibehaltung der Bauaufsicht vor Ort wünschenswert wäre und zunächst die Gespräche mit dem Kreis abgewartet werden sollten.

Frau Pech-Büttner spricht sich dafür aus, dass die Bauaufsicht im Interesse der Mitarbeiter sowie der Gewerbetreibenden in Radevormwald bleiben soll. Sie hält eine Erhöhung der Grundsteuer B auf 550 % im Vergleich mit anderen Kommunen für durchaus vertretbar.

Herr Schäfer ist ebenfalls der Meinung, das Ergebnis des Gespräches mit dem Kreis abzuwarten, bevor sich detailliert mit der zukünftigen Organisation der Bauaufsicht auseinandergesetzt wird.

Für Herrn Ebbinghaus ist die Betrachtung der Verwaltung in ihrer Gesamtheit notwendig und nicht die Überprüfung einzelner Fachbereiche. Im Zuge einer solchen Gesamtansicht könnte dann der gesamte Organisationsablauf betrachtet werden und einer Prozessoptimierung unterzogen werden. Die Möglichkeit zur Erhaltung der Bauaufsicht vor Ort ist auch für ihn erstrebenswert und sollte nicht so einfach aus der Hand gegeben werden. Es wurde zudem bisher noch gar nicht darauf eingegangen, dass die betroffenen Mitarbeiter nicht ausschließlich im Bereich der Bauaufsicht tätig sind; durch die Überleitung an den Kreis vergibt man hiermit also auch Kompetenzen anderer Tätigkeiten innerhalb der Bauverwaltung.

Es folgt nun die Abstimmung über den Verwaltungsvorschlag.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, mit dem Oberbergischen Kreis Verhandlungen zur Übernahme der Bauaufsicht auf dem Gebiet der Stadt Radevormwald durch den Kreis zu führen mit dem Ziel einer ordnungsgemäßen sowie bürger- und wirtschaftsfreundlichen Aufgabenerledigung mit positiven Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt.

Abstimmungsergebnis: 27 Ja-Stimmen (13 CDU, 9 SPD, 2 FDP, 2 proNRW, Bürgermeister)
13 Nein-Stimmen (CDU, 4 UWG, 3 Grüne, 3 AL, Ullmann, Haselhoff)

10. Erweiterung der städt. KiTa Sprungbrett von drei auf vier Gruppen BV/0121/2015

Der Bürgermeister teilt zunächst mit, dass sich nach Rücksprache darauf verständigt worden ist, die zusätzlich einzurichtenden Stellen für zunächst drei Jahre zu befristen wird, da die Anmeldezahlen der Kinder erheblichen Schwankungen unterliegen.

Frau Pizzato bittet um Auskunft, ob genügend Kapazitäten vorhanden sind, um die Kinder der Außengruppe aufzunehmen, wenn, z.B. aus wettertechnischen Gründen, ein Aufenthalt im Wald nicht möglich ist.

Hierzu erklärt Frau Butz, dass es sich dabei um Extremsituationen handelt, für die keine genauen Richtlinien vorhanden sind. Bei Eintritt solcher Situationen muss dann spontan entschieden werden.

Für Frau Ebbinghaus ist das Konzept des Waldkindergartens nicht schlüssig bzw. gibt es noch zu viele ungeklärte Fragen. Das Konzept zwingt die Eltern in eine bestimmte Betreuungsform für ihre Kinder. Zudem weist sie neben der Frage inwieweit der Versicherungsschutz hierfür angepasst werden müsste auch auf die möglichen Gefahren bzw. gesundheitliche Probleme, z.B. in Form von Allergien, hin, die ein Aufenthalt im Wald birgt.

Herr Ebbinghaus ergänzt weiter, dass die AL-Fraktion sich dem Vorschlag der Verwaltung nicht anschließen wird, da andere Alternativen nicht hinreichend geprüft worden sind und in der Einrichtung einer Waldkindergartengruppe ein zu einseitiges Konzept gesehen wird.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass ein Zuwachs von Kindern lange gewünscht worden ist und nun aufgrund der Zuwanderung junger Familien realisiert werden kann. Er appelliert an den Rat, dies als positive Entwicklung zu sehen.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat beschließt:

a) die Erweiterung des städt. Kita Sprungbrett von 3 auf 4 Gruppen. Die 4. Gruppe soll als Außengruppe in Form eines Waldkindergartens geführt werden.

b) die Erweiterung des Stellenplanes um nachfolgende Stellen für drei Jahre

- 1 Vollzeitkraft, Fachkraft EG S6 TvÖd SuE
- 1 Vollzeitkraft, Fachkraft EG S6 TvÖd SuE
- 1 Teilzeitkraft (50 %), EG S4 TVöD SuE

c) die nachfolgenden Haushaltsmittel für das Jahr 2015 zusätzlich zur Verfügung zu stellen

- 70.000,00 € für Investitionen (Kauf eines Bauwagens, incl. Nebenkosten)
- 52.000,00 € Personalkosten
- 2.000,00 € Sachausgaben

Als Einnahmen stehen für 2015 Landesmittel in Höhe von 21.600,00 € zur Verfügung. Die verbleibenden Kosten werden wie folgt gedeckt: Inv.Projekt 5.000066.700.300 „Rudolf-Diesel-Straße“ mit 53.000 €, Inv.Projekt 5.000302.700.300 „Kanalbau GE Ost TA 5“ mit 2.000 € und Inv.Projekt 5.000365.700.300 „Straßenbau GE Ost TA 5“ mit 15.000 €

Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen (14 CDU, 9 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 FDP, 2 proNRW, Ullmann, Haselhoff, Bürgermeister)
3 Nein-Stimmen (3 AL)

11. Änderung des Stellenplanes 2015

BV/0130/2015

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Stellen für den Waldkindergarten zunächst auf drei Jahre befristet werden sollen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, den Stellenplan der Tarifbeschäftigten um 3,95 Stellen in der Entgeltgruppe S 6 zu erhöhen. Davon sind 2,65 Stellen auf 3 Jahre befristet. Die Deckung der hieraus entstehenden zusätzlichen Personalausgaben i.H.v. ca. 85.000 € in diesem Jahr erfolgt überplanmäßig aus der Haushaltsposition 1.16.01.01 / 401300 durch erwartete Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Ernennung von Herrn Volker Ebbinghaus zum Ehrenstadtbrandinspektor BV/0129/2015

Der Bürgermeister teilt dem Rat mit, dass Herr Ebbinghaus entgegen dem vorliegenden Beschlussentwurf nicht zum Ehrenstadtbrandmeister sondern zum Ehrenstadtbrandinspektor ernannt werden soll.

Es folgt nun die Abstimmung über den korrigierten Beschlussentwurf.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, Herrn Volker Ebbinghaus zum Ehrenstadtbrandinspektor zu ernennen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Besetzung von Ausschüssen und Gremien BV/0135/2015

Beschluss:

Auf Antrag der proNRW-Fraktion beschließt der Rat der Stadt folgende Umbesetzung:

Frau Beate Bötte wird als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Demographie anstelle von Herrn Uwe Rohde-Müller benannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Auf Antrag der AL-Fraktion beschließt der Rat der Stadt folgende Umbesetzung:

Frau Ursula Schaub wird als Mitglied des Aufsichtsrates der Bäder Radevormwald GmbH anstelle von Herrn Christopher Ebbinghaus benannt. Als persönlicher Vertreter wird Herr Rolf Ebbinghaus benannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen IV/0083/2015

Der Rat der Stadt nimmt die vorgenannte Liste der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Investitionen zur Kenntnis.

15. Mitteilungen und Fragen

a) Dr. Rieger teilt mit, dass die Martini-Gemeinde sich im Asyl-Bereich sehr engagiert. Die Verwaltung hatte zugesagt, der Gemeinde für ihre Arbeit kurzfristig Räume zur Verfügung zu stellen. Er bittet um Auskunft, wann mit der Bereitstellung der Räumlichkeiten gerechnet werden kann.

Der Bürgermeister gibt an, dass die dafür zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung durch krankheitsbedingte Ausfälle bisher noch nicht die notwendigen Schritte einleiten konnten bzw. eine abschließende Klärung noch nicht erfolgen konnte. Er betont, dass eine zeitnahe Erledigung angestrebt wird und Frau Butz in Verbindung mit der Martini-Gemeinde steht.

Ende des öffentlichen Teils: 19.25 Uhr

Dr. Josef Korsten
Vorsitzender

Vanessa Jäger
Schriftführerin